

2710/J XXI.GP
Eingelangt am:12.07.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Khol, Mag. Tancsits
und Kollegen
an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit
betreffend aufklärungsbedürftige Vorfälle beim Bfi in der Steiermark

In der Steiermark ist ein Skandal rund um die Arbeiterkammer und das Bfi geplatzt. Das Berufsförderungsinstitut, ein gemeinnütziger Verein, der von der Gewerkschaft und der Arbeiterkammer getragen wird, erzielt mit 330 hauptberuflichen Angestellten einen Jahresumsatz von ca. 300 Mio. S. Fast die Hälfte davon stammen aus öffentlichen Mitteln. Das Bfi organisiert Schulungs- und Qualifizierungskurse.

Das Bfi ist in der Steiermark in jedem Bezirk mit einer Geschäftsstelle vertreten. In jeder dieser Geschäftsstellen gibt es Bfi - Angestellte, die hauptberuflich das operative Geschäft erledigen. In 8 steirischen Bfi - Geschäftsstellen tragen aber ÖGB - Sekretäre den Titel Geschäftsstellenleiter, obwohl sie beim BFI überhaupt nicht angestellt sind. Die Arbeit wird von hauptberuflich Angestellten erledigt. Ihre Bfi - Tätigkeit beschreiben die ÖGB - Sekretäre als „ehrenamtlich“. Für diese ehrenamtliche Tätigkeit kassieren die ÖGB - Sekretäre eine monatliche „Geschäftsstellenleiterentschädigung“ bei der bis zu S 100.000,- im Jahr zusammenkommen können. Dazu gibt es noch Spesen und Diäten. „Das Bfi ist der Bankomat der Gewerkschaft für ein paar Unterschriften und ein paarmal Händeschütteln“ gebe es ein schönes Körbergeld, kritisiert ein Insider die dubiosen Abrechnungsmethoden.

S 12,-- lassen sich die Gewerkschafter für jede von der Geschäftsstelle durchgeführte Unterrichtseinheit überweisen. Für 1999 weist das Bfi steiermarkweit 225.101 Unterrichtseinheiten aus, fast die Hälfte davon wurde vom AMS bezahlt. Das heißt, daß 2,7 Mio. S im Jahr dubios, ohne Gegenleistung an Gewerkschafter ausbezahlt werden. Sollte der oben dargestellte Sachverhalt den Tatsachen entsprechen, so erscheint der Verdacht einer strafbaren Handlung der Untreue gemäß § 153 StGB gegeben. Öffentliche Mittel werden ohne jedwede Gegenleistung ungeniert von Gewerkschaftssekretären kassiert.

Angesichts dieses unglaublichen Skandals beim Bfi Steiermark, bei dem Arbeitsmarktförderungsmittel zweckwidrig verwendet werden, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit folgende

Anfrage:

1. Stimmen die erhobenen Vorwürfe, wonach das Bfi Steiermark auch aus Arbeitsmarktförderungsmitteln ohne Gegenleistungen an Gewerkschaftssekretäre „Geschäftsstellenleiterentschädigungen“, aber auch Spesen und Diäten, bezahlt hat?
2. Wenn ja, was werden Sie dagegen unternehmen?
3. Wenn ja, wie würdigen Sie diesen Sachverhalt strafrechtlich?
4. Falls Sie eine strafrechtliche Relevanz erkennen, werden Sie eine diesbezügliche Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft übermitteln?

5. Werden Sie die zweckwidrig verwendeten AMS - Mittel vom Bfi Steiermark zurückfordern?
6. Wie werden Sie sicherstellen, daß es in Hinkunft nicht zu weiteren zweckwidrigen Verwendungen von AMS - Mitteln durch Bfi und Gewerkschaft kommt?